

Mit dem Gesetz im Einklang

Umweltministerium zum radioaktiven Abwasser von Vattenfall in der Elbe

Brunsbüttel (hg) Mit einem offenen Brief hatte der „Arbeitskreis im Landkreis Cuxhaven gegen die Einleitung radioaktiv verstrahlten Abwassers aus dem AKW Brunsbüttel in die Elbe“ Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) unter anderem aufgefordert, im Landtag das Vorgehen des Atomkraftwerkbetreibers Vattenfall während des Rückbaus zu thematisieren. Der Konzern will pro Jahr bis zu 12 000 Kubikmeter radioaktiv belastetes Wasser



Bis zu 12 000 Kubikmeter verseuchtes Abwasser pro Jahr darf Vattenfall während des Rückbaus des Meilers in die Elbe einleiten. Zuviel kritisieren Umweltschützer. Foto: Rehder

in die Elbe leiten. Die Umweltschützer kritisieren den Minister, dass er diese aus ihrer Sicht hohe Menge im Genehmigungsverfahren nicht nach unten korrigiert hat. Auf unsere Nachfrage, warum das Ministerium nicht so entschieden hat, liegt nun eine Antwort vor. „Richtig ist, dass die in der Stilllegungsgenehmigung festgesetzten maximalen Ableitungswerte für Abwasser genauso hoch sind, wie in der bisher geltenden Betriebsgenehmigung“, erläutert Ministeriumssprecher Joschka Touré. Sie würden dennoch unter dem gesetzlich erlaubten Grenzwert liegen. „Entscheidend ist vielmehr die aufsichtlich überwachte Einhaltung des Strahlenminimierungsgebots, das ebenfalls in der Genehmigung verankert ist.“ Demnach rechnet das Ministerium nicht damit, dass Vattenfall die volle beantragte Menge an radioaktivem Abwasser tatsächlich in den Fluss einleiten wird. Außerdem würden die Abwässer vor der Ableitung ein mehrstufiges Reinigungsverfahren durchlaufen. Nach Angaben von Joschka Touré hat das Ministerium den Initiatoren des offenen Briefes ein Antwortschreiben zukommen lassen. Eine von ihnen ist Maria Jarowoy, die jedoch versichert, keine Post erhalten zu haben. Die öffentliche Stellungnahme des Umweltministeriums stimmt sie nicht milde. „Wenn die Behörde sich auf die gesetzlichen Vorgaben beruft, dann hat sie recht. Aus unserer Sicht reichen diese aber nicht aus“, sagt Jarowoy. Sorgen würde sich der Arbeitskreis insbesondere über die Stoffe machen, unter anderem Cäsium 137 und Strontium 90. Diese seien krebserregend und würden in der Elbe freigesetzt. „Wir wollen, dass diese Stoffe erst gar nicht ins Wasser gelangen, nicht einmal in geringen Mengen.“ Da nicht nur das Brunsbütteler Atomkraftwerk zurückgebaut wird, sondern auch Meiler in anderen Regionen, würden sich die jeweils geringen Mengen letztlich zu einer großen Menge addieren.